

Volkswirthschaftliche Zeitfragen,

Vorträge und Abhandlungen

herausgegeben von

der Volkswirthschaftlichen Gesellschaft in Berlin

und

der ständigen Deputation des Kongresses Deutscher Volkswirthe.

Heft 118.

(Jahrgang 15, Heft 6.)

Der

Kolportagebuchhandel

und seine Widersacher.

Von

Dr. Karl Baumbach.

BERLIN.

VERLAG VON LEONHARD SIMION.

1894.

■ Jährlich erscheinen 8 Hefte zum Abonnementspreise von 6 Mark. ■
Einzelpreis für jedes Heft 1 Mark.

Der

Kolportagebuchhandel

und seine Widersacher.

Von

Dr. Karl Baumbach.

BERLIN.

Verlag von Leonhard Simion.

1894.



Auf keinem Gebiet wird bei uns die Allmacht der Gesetzgebung so häufig angerufen, wie auf dem des Gewerbewesens. Dafs die Gesetzgebung nicht dazu berufen ist, neue Lebensverhältnisse zu schaffen, sondern dafs sie vielmehr die vorhandenen nur regeln soll, das ist heutzutage leider eine veraltete Lehre. Im neuen Deutschen Reich vermag die Gesetzgebung nicht viel weniger denn Alles. Dem Glauben, dafs man dem Handwerk durch Gesetzesparagraphen zu neuer Blüthe verhelfen, dafs man das Kleingewerbe vor der Uebermacht der Großindustrie, den sefshaften Kaufmann vor der Konkurrenz des Hausirers und der Konsumvereine durch gesetzgeberische Mafsnahmen schützen könne, verdanken wir manche wunderliche Bestimmung in mancher Gewerbenovelle und eine stattliche Anzahl merkwürdiger Gesetzesvorschläge. Und giebt es nicht noch immer gutgläubige Menschen, die von Zwangsinnung und Befähigungsnachweis die Rettung des Handwerks erhoffen?

Gegenwärtig ist die Centrumspartei des Reichstages wieder einmal bei der Arbeit, um die Gewerbeordnung rückwärts zu revidiren. Der Gewerbebetrieb im Umherziehen soll in möglichst enge Fesseln geschlagen werden, zum Wohle der Menschheit im Allgemeinen und des sefshaften Gewerbes im Besonderen. Dabei ist es namentlich auf den Handel mit Druckschriften und Bildwerken im Umherziehen abgesehen. Der Kolportagebuchhandel soll, wenn nicht ganz und gar beseitigt, so doch wesentlich eingeschränkt werden.

Die Gründe, welche für diese Anträge der Centrumspartei ins Feld geführt werden, sind nicht eben neu. Ebenso dürftig, wie man vor einem Jahrzehnt die damals geplanten und leider auch zum Theil in der Gewerbenovelle vom Jahre 1883 durchgeführten Beschränkungen der Prefs- und Gewerbebefreiheit be-

gründete, ebenso dürftig ist auch jetzt die Motivirung der vorliegenden Gesetzesvorschläge, mit denen man unserem Volksbuchhandel einen geradezu lebensgefährlichen Streich versetzen würde, sollten jene Anträge der Herren Gröber und Genossen wirklich zum Gesetz erhoben werden.

Wiederum spricht man immer nur von der Schundlitteratur des Kolportagebuchhandels, von den Hintertreppen- und Schauerromanen und von der Zudringlichkeit des Kolporteurs, der auf die niedrigsten Leidenschaften des Menschengeschlechts spekulire. So schickt man sich denn leichten Herzens an, ein wichtiges Kulturfeld von großer wirthschaftlicher Bedeutung, aber auch von hohem Werth für die Entwicklung unserer gesamten Volksbildung durch plumpe Eingriffe einer ungeschickten Gewerbesetzgebung zu ruiniren. Vernichten will man den Kolportagebuchhandel, anstatt auf die Pflege, Förderung und Hebung desselben Bedacht zu nehmen.

Kein Wunder, wenn sich gegen dies Attentat auf einen so wichtigen Kulturfaktor die öffentliche Meinung auflehnt, wenn die Presse, soweit sie sich nicht im reaktionären Fahrwasser befindet, gegen den Antrag «Gröber» Stellung nimmt, und wenn die berufenen Vertretungen des deutschen Buchhandels und der ihm verwandten Gewerbe in zahlreichen Petitionen, welche an den Reichstag gerichtet werden, Protest einlegen gegen dies Vorgehen.

Nicht nur die Kolportagebuchhändler und ihre Vereine sind es, von welchen derartige Petitionen eingereicht werden, sondern die angesehensten Vertretungen des deutschen Buchhandels überhaupt, an ihrer Spitze der Börsenverein der deutschen Buchhändler in Leipzig, ferner der Stuttgarter Verlegerverein, die Korporation der Berliner Buchhändler, der deutsche Verlegerverein in Stuttgart u. s. w., haben gegen die Centrumsanträge Stellung genommen. Die bedeutendsten Verlagsfirmen der alten Buchhandelsstadt Leipzig, unterstützt von Vertretern des deutschen Buchdruckervereins, des Mitteldeutschen Papiervereins und von der Vereinigung der lithographischen Anstalten mit Steindruckereibetrieb, sowie von dem Vorstande der Innung der Leipziger Buchdruckereibesitzer, aber auch von Seiten der Leipziger Handelskammer, tragen ihre Bedenken und Einwendungen gegen diesen gesetzgeberischen Mißgriff vor, und die beteiligten Berliner Korporationen bleiben dabei nicht zurück. Die deutsche Schriftsteller-

Genossenschaft findet sich mit der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft zu gemeinsamer Agitation zusammen, und Berliner Zeitungsverleger haben ein besonderes Aktionskomitee zur Bekämpfung des Antrags «Gröber, Hitze und Genossen» gebildet.

Und das Alles doch nicht nur um einiger Schauerromane und Hintertreppengeschichten willen!

Ein ebenso umfangreiches als interessantes Material ist in Folge dieser Bewegung zusammengetragen worden. Vielleicht sind die Herren Antragsteller von der hierbei zu Tage tretenden Tragweite ihrer Vorschläge selbst überrascht, zumal da sie eben diese Vorschläge vermuthlich ohne vorherige Zuziehung von Fachmännern gemacht haben. Im Uebrigen haben sie aber durch ihren Antrag wieder einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf jene Mißstände hingelenkt, die schon in Folge der gegenwärtig geltenden Bestimmungen über den Kolportagebuchhandel in praxi hervorgetreten sind; Mißstände, wie sie schon im Jahre 1884 den Verfasser dieser Abhandlung veranlaßten, mit Unterstützung der freisinnigen Partei die Streichung derjenigen Bestimmungen über den Kolportagebuchhandel im Reichstage zu beantragen, die im Jahre zuvor von der klerikal-konservativen Mehrheit beschlossen worden waren. Blieb dieser Antrag auch damals ohne Erfolg, und ist auch bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages auf eine Mehrheit für einen solchen Antrag zur Zeit kaum zu rechnen, so möchte es doch gerathen sein, den Antrag «Gröber» von der linken Seite aus mit einem derartigen Gegenantrag zu beantworten. Eine gute Sache bricht sich doch schließlich einmal Bahn. Im politischen Leben ist die Zähigkeit immer nützlich. Mißstände aufzudecken und öffentlich zu besprechen, ist und bleibt eine wichtige Aufgabe des Parlaments, auch wenn der unmittelbare Erfolg nicht winkt.

Die Gesetzesvorschrift, um die es sich hierbei handelt, und die durch die Novelle vom 1. Juli 1883 in die Gewerbeordnung hineingebracht wurde (§ 56, Ziff. 10) besagt nämlich Folgendes:

«Ausgeschlossen vom Ankauf oder Feilbieten im Umherziehen sind Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke, insofern sie in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergerniß zu geben geeignet sind, oder welche mittels Zusage von Prämien oder Gewinnen vertrieben werden.»

Dazu kommen dann die Bestimmungen über das neuerdings wieder viel besprochene Druckschriftenverzeichnis, mittels dessen, soweit es sich um den Gewerbebetrieb im Umherziehen handelt, geradezu eine moderne Censur eingeführt worden ist. Diese Bestimmungen gehen nämlich dahin:

«Wer Druckschriften, andere Schriften oder Bildwerke im Umherziehen feilbieten will, hat ein Verzeichniß derselben der zuständigen Verwaltungsbehörde seines Wohnortes zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung ist nur zu versagen, soweit das Verzeichniß Druckschriften, andere Schriften oder Bildwerke der vorbezeichneten Art enthält. Der Gewerbetreibende darf nur die in dem genehmigten Verzeichnisse enthaltenen Druckschriften, andere Schriften oder Bildwerke bei sich führen, und ist verpflichtet, das Verzeichniß während der Ausübung des Gewerbebetriebes bei sich zu führen, auf Erfordern der zuständigen Behörden oder Beamten vorzuzeigen und, sofern er hierzu nicht im Stande ist, auf deren Geheiß den Betrieb bis zur Herbeischaffung des Verzeichnisses einzustellen.»

Es war vorauszu sehen, daß die Präventivmaßregeln, welche durch diese Vorschriften und durch die Einführung des Druckschriftenverzeichnisses statuiert wurden, zu Unzuträglichkeiten führen mußten. Darüber, welche Drucksachen in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergerniß zu geben geeignet sind, können die Ansichten natürlich sehr weit auseinander gehen. Wenn durch das Strafgesetzbuch und durch das Pressgesetz die Verbreitung unzüchtiger Schriften, Abbildungen oder Darstellungen verboten ist, so kann die Thatsache, daß eine Schrift in der That eine unzüchtige ist, durch den Richter auf Grund von Thatsachen festgestellt werden. Das subjektive Moment tritt hierbei wesentlich zurück. Aber etwas ganz anderes ist es, wenn man es dem Ermessen der Behörde von vornherein überläßt, darüber eine Entscheidung zu treffen, ob eine Schrift, nicht, weil sie unzüchtig oder unsittlich ist, sondern weil sie in sittlicher oder in religiöser Beziehung Aergerniß erregen kann, von der Verbreitung im Wege der Kolportage auszuschließen sei.

Ob eine Schrift oder eine Abbildung in sittlicher oder religiöser Beziehung jemandem Aergerniß giebt, das hängt zudem vielfach von der Individualität des Betreffenden ab. Je nach der

Verschiedenheit des religiösen Standpunktes, je nach seiner politischen Anschauung, je nach seinem Bildungsgrad kann der Einzelne hierüber verschieden denken. Auch die Sittlichkeit des Einzelnen selbst kommt dabei wesentlich mit in Betracht. Wer das Nackte nur der Nacktheit willen sucht, entfernt sich von dem Boden der Sittlichkeit. Die schönen Nacktheiten des klassischen Alterthums und des modernen Hellenismus können für den ungebildeten und unreifen Menschen unter Umständen in sittlicher Hinsicht gefährlich werden. Die fromme Einfalt kann an der medicäischen Venus Anstoß und Aergerniß nehmen. Für manchen ist das Nackte schon an und für sich anstößig. Tief ergriffen stand ich einmal vor der Notte des Michel Angelo, als gerade drei junge Priester die Capella dei Depositi besuchten. Ein Blick auf den nackten Marmorleib der unendlich schwer-müthigen, tiefersten Frauengestalt, ein entsetztes Zurückprallen, und die drei schwarzen Gestalten waren aus der Kapelle verschwunden; von dem Kustode mit einer Geste begleitet, mit welcher man nicht etwa den Ueberfluß an geistiger Kraft zu bezeichnen pflegt. Sie hatten an einer Schöpfung voll tief sittlichen Ernstes und erhabenster Kunst in sittlicher Beziehung Aergerniß genommen.

Es heißt aber auch wirklich dem Beamten zu viel zumuthen, wenn er all' die Schriften, die ihm der Kolporteur vorlegt, darauf hin prüfen soll, ob sie nicht etwa geeignet sind, in sittlicher Beziehung oder in religiöser Hinsicht Aergerniß zu geben. Wie soll denn der geplagte Verwaltungsmann Zeit finden, die Kollektion «Spemann» auf ihre Kolportagefähigkeit zu prüfen? Wer steht ihm dafür, daß nicht in einer Ecke von Brockhaus' «Konversations-Lexikon» etwas stehen könnte, welches in religiöser Beziehung Aergerniß zu geben geeignet wäre? Wie soll er aus der ersten Lieferung erkennen, ob nicht die vierzigste Lieferung etwas Anstößiges bringen wird? Und was wird inzwischen aus dem Geschäftsbetrieb des Kolporteurs, der auf die obrigkeitliche Entscheidung und auf die Genehmigung des Druckschriftenverzeichnisses hofft und harrt? Die hier vorgeschriebene Censur läßt sich aber nicht im Handumdrehen erledigen, wenn sie sich nicht bloß auf eine Prüfung der Titel beschränken soll.

So kommt es denn, daß gar manche Schriften beanstandet worden sind, die in der Buchhandlung ohne jegliches Bedenken

gekauft werden können, die aber von dem Kolporteur vertrieben, in sittlicher oder in religiöser Beziehung geeignet erschienen, Aergerniß zu erregen.

«Brockhaus' Konversationslexikon», «Brehm's Thierleben», die Zeitschrift «Nord und Süd», die Kollektion «Spemann», «Neumann's Geographisches Lexikon» und das im Spamer'schen Verlage erscheinende «Buch der Erfindungen» sind von einzelnen Behörden beanstandet worden. Selbst «Das beste bürgerliche Kochbuch» wurde einmal von dem Verzeichniß eines Kolporteurs gestrichen.

Dazu kommt, daß das von einer Behörde genehmigte Druckschriftenverzeichniß für das ganze Reichsgebiet gilt. Es kann daher täglich vorkommen, und oft genug ist's da gewesen, daß der eine Kolporteur von der einen Behörde ein Buch approbirt erhält, welches dem anderen Kolporteur von der anderen Behörde gestrichen ist. Beide Kolporteurs finden sich dann vielleicht an einem und demselben Orte zusammen, und der eine Kolporteur kann mit der «Chronik der Zeit» oder mit «Hofmann's Lehrbuch der Pflanzenkunde» oder mit «Kapitän Marryat's Romanen» frei und ungehindert hausiren, während diese Bücher von dem anderen Kolporteur nicht geführt werden dürfen, weil sie, wie dies thatsächlich geschehen, von einer anderen Behörde beanstandet wurden. Nicht weniger als 29 Werke zählt der Leipziger Verlagsbuchhändler von Biedermann in seiner unlängst erschienenen Broschüre «Pressefreiheit und Gewerbeordnung» auf, die durch «administrative Willkür» beanstandet wurden, obwohl sie, wie der Verfasser dieser reichhaltigen und interessanten Schrift mit Recht sagt, «nicht den geringsten Anhalt des Aergernisses darbieten, und nur etwa ein aus dem Zusammenhang gerissener einzelner Satz bei diesem oder jenem Werke demjenigen, der danach sucht, die Möglichkeit darbieten könnte, etwas Anstößiges herauszufinden».

Dagegen befindet sich Herr von Biedermann im Irrthum, wenn er ausführt, daß die jetzige Fassung der oben citirten Bestimmungen über die Kolportage dem am 19. September 1882 in Mannheim tagenden volkswirtschaftlichen Kongress zu verdanken sei, indem die Fassung des Kongresses nachmals als Antrag «Ackermann» im Reichstage reproduzirt und angenommen worden. Auf dem Mannheimer volkswirtschaftlichen Kongress re-

ferirten Herr Dr. Max Weigert aus Berlin und der Verfasser dieser Broschüre mit dem inzwischen verstorbenen Friedrich Kapp zusammen über den Gewerbebetrieb im Umherziehen. Die von uns vorgeschlagene und von der Versammlung angenommene Resolution ging dahin:

«Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke sind vom Feilbieten im Umherziehen nur dann auszuschließen, wenn sie in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergerniß zu geben geeignet sind, oder wenn sie unter Zusicherung von Prämien oder Gewinnen vertrieben werden, welche einem anderen Industriezweig als demjenigen des Buch- oder des Kunsthandels angehören.»

Es besteht hier also zunächst ein wesentlicher Unterschied bezüglich der Schrift- und Bildwerke, die mittels Zusicherung von Prämien oder Gewinnen vertrieben werden. Letztere sind nach der gegenwärtigen Bestimmung der Gewerbeordnung vom Gewerbebetrieb im Umherziehen schlechthin ausgeschlossen, während wir Prämien oder Gewinne zulassen wollten, welche dem Buch- oder Kunsthandel angehörten. Man hatte nämlich auf dem volkswirtschaftlichen Kongress durchaus keine Neigung, dem Prämien-schwindel das Wort zu reden, der damals im Kolportagebuchhandel allzu sehr überhand genommen hatte. Kaffee- oder Tafel-service, neue Kleider, goldene Ringe, Spiegel, Broschen, Stutzuhren, Tischdecken, Bettvorlagen, Kanapees, Equipagen, Pianinos und Kissinger Kirchenbauloose, ja sogar «ein Landhaus am Rhein» kamen als Prämien oder Gewinne und als Anköderungsmittel für die Abnahme von Lieferungswerken vor. Zuweilen blieb dann das verheißene Service aus, welches mit der letzten Lieferung verabfolgt werden sollte, oder diese letzte Lieferung erschien so spät, daß die Prämie inzwischen doppelt und dreifach bezahlt war. Das konnte man nicht gutheißern. Dagegen hat es aber doch wahrlich kein Bedenken, wenn die Abnehmer eines Kalenders ein Bild hinzu bekommen, oder wenn den Abonnenten einer Monatsschrift ein Buch als Prämie zu ermäßigtem Preise im Wege des Kolportagebuchhandels verabfolgt wird.

Ferner hatten wir — und das ist die Hauptsache — auf dem Mannheimer Kongress die Einführung des Druckschriftenverzeichnisses und der damit im Zusammenhange stehenden Präventiv-maßregeln keineswegs in Vorschlag gebracht. Hiergegen war

vielmehr von Anfang an seitens der liberalen Parteien Verwahrung eingelegt worden, weil es sich hierbei in der That um ein Stück Censur handelt. Man war wohl geneigt, die Möglichkeit von Repressivmaßregeln auf Grund richterlicher Entscheidung gegen die Verbreitung von unsittlichen Schriften oder Bildern zu statuieren, gleichwie unzüchtige Schriften oder Bildwerke schon nach dem Strafgesetzbuch und nach dem Preßgesetz bei Strafvermeidung nicht vertrieben werden dürfen; aber von der Einführung einer präventiven Censur der Verwaltungsbehörden auf diesem Gebiet war schlechterdings unsererseits nicht die Rede.

Damals kam es vor allen Dingen darauf an, die Regierungsvorlage zu beseitigen, die geradezu eine Vernichtung des Volksbuchhandels bedeutete. In dieser Vorlage hieß es nämlich:

«Ausgeschlossen vom Feilbieten im Umherziehen sind Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke mit Ausnahme von Bibeln, Bibeltheilen, Schriften und Bildwerken patriotischen, religiösen oder erbaulichen Inhalts, Schulbüchern, Landkarten und landesüblichen Kalendern.»

Das ging selbst den konservativen Mitgliedern der Gewerbekommission des Reichstages zu weit. Der Abgeordnete von Kleist-Retzow ersetzte in der Kommission diesen Passus durch die Fassung:

«Ausgeschlossen vom Feilbieten im Umherziehen sind Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke, insofern sie die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft zu untergraben, oder in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergerniß zu geben geeignet sind, oder welche mittels Zusicherung von Prämien oder Gewinnen vertrieben werden.»

Die Kommission machte diesen Vorschlag zu dem ihrigen, allerdings gegen die Stimmen der liberalen Kommissionsmitglieder. So gelangte die Vorlage, und zwar mit den Bestimmungen über das Druckschriftenverzeichnis, an das Plenum des Reichstages zur zweiten Lesung zurück. Meine politischen Freunde und ich beantragten dann für diese zweite Lesung folgende Fassung:

«Ausgeschlossen vom Feilbieten im Umherziehen sind Druckschriften, andere Schriften oder Bildwerke, welche mittels Zusicherung von Gewinnen oder Prämien vertrieben werden, sofern diese Gewinne oder Prämien nicht in Schriften oder Bildwerken bestehen.»

Gleichzeitig beantragten wir die Streichung der Bestimmungen über das Druckschriftenverzeichnis. Wir hatten auch in der zweiten Lesung den gewünschten Erfolg: Unser Antrag fand die Majorität. Da entbot Herr Windthorst zur dritten Lesung alle Centrumsmänner gen Berlin, und nunmehr wurde in dritter Lesung mit 172 gegen 146 Stimmen in der Sitzung vom 30. Mai 1883 der Antrag «Ackermann» angenommen.

So erhielt der § 36 der Gewerbeordnung mit Zustimmung der verbündeten Regierungen in Ansehung des Handels mit Druckschriften und Bildwerken im Umherziehen diejenige Fassung, unter der der deutsche Buchhandel gegenwärtig leidet.

So viel von der Entstehungsgeschichte dieser Vorschriften.

Nun sollen diese Bestimmungen aber nach dem Antrage «Gröber» ganz erheblich verschärft und erweitert werden. Von untergeordneter Bedeutung ist dabei die Abänderung, welche der wiederholt citirte Paragraph, der sich auf den eigentlichen Kolportagebuchhandel bezieht, erfahren soll. Diese Abänderung betrifft die Lieferungswerke. Aber eine Reihe anderer Bestimmungen des Gröber'schen Gesetzentwurfes würden den deutschen Buchhandel in seinem Lebensnerv treffen. Es kommen dabei folgende Zweige des buchhändlerischen Geschäfts- und Gewerbebetriebes in Betracht:

1. Der Kolportagebuchhandel im engeren und eigentlichen Sinne, d. h. der Hausirhandel mit Druckschriften und Bildwerken; also der Gewerbebetrieb desjenigen, der außerhalb des Gemeindebezirks seines Wohnorts ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und ohne vorgängige Bestellung in eigener Person Druckschriften, andere Schriften oder Bildwerke im Umherziehen feilbietet. Dieser Gewerbebetrieb unterliegt all' den Bestimmungen und Beschränkungen, denen der Hausirhandel nach der Gewerbeordnung und namentlich nach der Gewerbenovelle vom Jahre 1883 überhaupt unterworfen ist. Für diese Art des Volksbuchhandels kommen ferner das oben besprochene Druckschriftenverzeichnis und die damit zusammenhängende Censur in Betracht, und jenes Verbot von Schriften und Bildwerken, die in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergerniß zu geben geeignet sind, oder die mittels Zusicherung von Prämien oder Gewinnen vertrieben werden. Der Centrumsantrag will dies Verbot aber auch auf Werke ausdehnen, «die in Lieferungen erscheinen, sofern

nicht die Zahl der Lieferungen des Werkes und dessen Gesamtpreis auf jeder einzelnen Lieferung an einer in die Augen fallenden Stelle verzeichnet ist». Der Hausirer bedarf ferner eines Wandergewerbescheins, welcher von der zuständigen Behörde ausgestellt wird, und der nach der gegenwärtig geltenden Bestimmung der Gewerbeordnung den Inhaber berechtigt, in dem ganzen Gebiet des Reiches das betreffende Gewerbe, hier also den Handel mit Schriften und Bildwerken im Umherziehen, nach Entrichtung der darauf haftenden Landessteuern zu betreiben. Nach dem Antrage «Gröber» soll dagegen der Wandergewerbeschein den Inhaber nur in dem Bezirk derjenigen Behörde, welche den Schein erteilt hat, berechtigen, das Gewerbe nach Entrichtung der darauf haftenden Landessteuern zu betreiben. Zu dem Gewerbebetrieb in einem anderen Bezirk soll dagegen künftighin die Ausdehnung des Wandergewerbescheins durch die zuständige Behörde dieses Bezirks erforderlich sein. Eine solche ausdehnende Erlaubnis ist gegenwärtig nur für den Gewerbebetrieb derjenigen erforderlich, die Musikaufführungen, Schausstellungen, theatralische Vorstellungen oder sonstige Lustbarkeiten im Umherziehen darbieten. Nach dem vorliegenden Antrag ist die Ausdehnung für den Gewerbebetrieb im Umherziehen überhaupt erforderlich, und also auch für den Kolportagehuchhandel. Ebenso wird gegenwärtig nur bei jenen Schausstellungen u. s. w. vor der Ertheilung des Wandergewerbescheins und vor seiner Ausdehnung die Bedürfnisfrage erörtert. Künftighin soll dies nach dem Antrag «Gröber» verallgemeinert werden. Insbesondere soll auch für den Handel mit Druckschriften und Bildwerken im Umherziehen die neue Bestimmung in Kraft treten:

«Bezüglich welcher Waaren ein Bedürfnis zum Feilbieten und zum Aufsuchen von Bestellungen im Bezirk besteht, und wie vielen Personen zu diesem Zweck Wandergewerbescheine erteilt oder ausgedehnt werden können, hat die Behörde alljährlich im Voraus festzustellen. Diese Feststellung ist öffentlich bekannt zu machen. Ueber die Festsetzung hinaus ist ein Wandergewerbeschein für den Bezirk nur dann zu erteilen oder auszudehnen, wenn der Nachsuchende den Beweis erbringt, daß er sein Gewerbe im Umherziehen innerhalb der letzten drei Kalenderjahre regelmäßig im Bezirk ausgeübt habe.

«Die Ertheilung und Ausdehnung der Wandergewerbescheine hat nach der Reihenfolge der Anmeldung zu geschehen. Laufen gleichzeitig mehrere Anmeldungen ein, so haben die Gesuche derjenigen Personen den Vorzug, welche in dem vorangegangenen Kalenderjahre einen Wandergewerbeschein für dasselbe Gewerbe erhalten haben. Den Beteiligten ist die Einsichtnahme des Verzeichnisses der erteilten und ausgedehnten Wandergewerbescheine gestattet.»

Dazu kommt dann noch die Bestimmung, wonach der Wandergewerbeschein in der Regel versagt werden soll, wenn ein Bedürfnis zur Ausübung des betreffenden Gewerbes in dem Bezirk nicht besteht oder sobald für die den Verhältnissen des Bezirks entsprechende Anzahl von Personen Wandergewerbescheine bereits erteilt oder auf den betreffenden Bezirk ausgedehnt sind.

Endlich ist noch hervorzuheben, daß der Gröber'sche Gesetzesvorschlag eine Kategorie von Geschäften von dem Gewerbebetrieb im Umherziehen gänzlich ausschließen will, und zwar einen Geschäftszweig, der für den Volksbuchhandel von großer Bedeutung ist: die Abzahlungsgeschäfte, oder wie es in der Sprache des Gröber'schen Antrages nach dem Vorgange des Regierungsentwurfs, betreffend die Abzahlungsgeschäfte heißt, «das Aufsuchen von Bestellungen auf Waaren und das Feilbieten von Waaren, wenn deren Veräußerung gegen Theilzahlungen unter dem Vorbehalt geschieht, daß der Veräußerer wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen von dem Vertrage zurücktreten kann».

Dies sind die wichtigsten Neuerungen, welche der Antrag «Gröber» in Betreff des Gewerbebetriebs im Umherziehen treffen will, so weit dabei der Volksbuchhandel in Frage kommt, und zwar nach dem bisherigen System der Gewerbeordnung derjenige Volksbuchhandel, welcher von dem Betreffenden außerhalb seines Wohnorts und ohne gewerbliche Niederlassung in eigener Person (nicht durch Vertreter) und ohne vorherige Bestellung betrieben wird.

2. Wenden wir uns nunmehr zu dem Gewerbebetrieb des Buchhandlungsreisenden oder dem Reisebuchhandel (Abonnementsbuchhandel), der freilich auch oft genug «Kolportagebuchhandel» genannt wird; wie sich denn auch vielfach Buch-

handlungen als «Kolportagebuchhandlungen» oder «Abonnementsbuchhandlungen» bezeichnen, die keineswegs etwa Hausirer mit Büchern oder Bildern in's Land hinausschicken, sondern welche durch ihre Reisenden Bestellungen, Subskriptionen und Abonnements, namentlich auf Zeitschriften und Lieferungswerke, suchen und entgegennehmen. Der Gewerbebetrieb des Handlungsreisenden gilt nämlich nach dem System der Gewerbeordnung nicht als Gewerbebetrieb im Umherziehen, sondern wird als Ausfluß des stehenden Gewerbes angesehen. Nach der Gewerbeordnung (§ 44) in ihrer gegenwärtigen Fassung ist derjenige, der ein stehendes Gewerbe betreibt, befugt, auch außerhalb des Gemeindebezirks seiner gewerblichen Niederlassung persönlich oder durch in seinem Dienste stehende Reisende Bestellungen auf Waaren zu suchen. Der Reisende, sei es der Inhaber der Firma, sei es sein Handlungsbevollmächtigter (Handelsreisender), ist daher den beschränkenden Bestimmungen, welche in Ansehung des Hausirhandels gelten, nicht unterworfen. Er wird zur Hausirsteuer nicht herangezogen. Das entscheidende Moment und der charakteristische Unterschied zwischen dem reisenden Kaufmann und dem Hausirer ist dabei dies, daß der erstere von den Waaren, auf welche er Bestellungen sucht, nur Proben oder Muster mit sich führen darf. Der Hausirer dagegen verkauft seine Waaren unmittelbar an den Konsumenten, indem er die Waaren selbst zum Zweck des Verkaufs mit sich führt.

So senden selbst große Verlagsbuchhandlungen, welche sich mit dem Verlag populärer Werke befassen, ihre Reisenden mit einem Probeband oder mit einzelnen Lieferungen eines Werkes oder mit Prospekten und mit Probenummern von Zeitschriften aus, um Subskribenten und Abonnenten zu gewinnen; indem sie dann die Ausführung der Bestellungen dem Sortimentsbuchhandel überlassen, oder die Ausführung selbst durch Zusendung der betreffenden Drucksachen oder Bildwerke oder durch ihre Austräger übernehmen, oder sich hierzu besonderer Agenturen oder Expeditionen bedienen. Während ferner bei dem Hausirhandel die Vertretung ausgeschlossen ist, kann der Reisehandel und der Reisebuchhandel insbesondere von dem Inhaber des Geschäfts oder von dessen Bevollmächtigten ausgeführt werden. Letzteres ist bekanntlich die Regel. Der Buchhandlungsreisende bedarf auch keines Wandergewerbescheins, sondern nur einer Legiti-

mationskarte, die auf Antrag des Inhabers des stehenden Gewerbebetriebs von der für dessen Niederlassungsort zuständigen Verwaltungsbehörde für den Umfang des Reichs ausgestellt wird. Ein Druckschriften-Verzeichniß führt der Buchhandlungsreisende nicht, auch sind die sonstigen Voraussetzungen, unter denen die Legitimationskarte verabfolgt wird, weniger streng, als bei der Ertheilung des Wandergewerbescheins für den Hausirer, und der Reisende ist den einschränkenden Bestimmungen, die sonst für den Hausirhandel gelten, nicht unterworfen.

Dies soll nun nach dem Centrumsantrag eine ganz wesentliche Abänderung erfahren.

Das Aufsuchen von Bestellungen auf Waaren bei Personen, in deren Gewerbebetrieb Waaren der angebotenen Art keine Verwendung finden, soll nämlich nach dem vorliegenden Gesetzentwurf künftighin nach den Vorschriften über den Gewerbebetrieb im Umherziehen beurtheilt werden. Auf diese Weise wird der Detailreisende, welcher sich direkt an den Konsumenten wendet, einfach dem Hausirer gleichgestellt. Was aber speziell den Reisebuchhandel anbetrifft, so wendet sich der Buchhandlungsreisende naturgemäß fast immer an Personen, in deren Gewerbebetrieb die angebotenen Bücher oder Bilder keine Verwendung finden; er sucht nicht den Wiederverkäufer, sondern direkt den Käufer auf, und somit würde also die in Frage stehende Bestimmung für den Buchhandel die Bedeutung haben, daß der Unterschied zwischen Reisebuchhandel und Hausirhandel nahezu vollständig verwischt würde. Der Buchhandlungsreisende, sofern er Detailreisender ist, untersteht künftighin den beschränkenden Bestimmungen, welche die Gewerbeordnung schon jetzt über den Hausirhandel enthält. Während ferner die Legitimationskarte auf Ansuchen des Prinzipals für dessen Handlungsreisenden ausgestellt wird, und den Namen des Prinzipals enthalten muß, neben demjenigen des Handlungsreisenden, lautet der Wandergewerbeschein nur auf den Namen des Hausirers, der auf diesen Schein hin in eigenem Namen das Geschäft im Umherziehen betreiben kann. Der Hausirer, denn das ist der Detailreisende nach dem Antrag «Gröber» künftighin, muß aber auch das Druckschriften-Verzeichniß mit sich führen, und die Bestimmung über die Lieferungswerke fände auf ihn Anwendung. Ebenso wäre der Kolporteur, bei welchem der Unterschied zwischen Reisenden und

Hausirer hinwegfällt, gezwungen, den Wandergewerbeschein von der zuständigen Behörde ausdehnen zu lassen, sobald er den Bezirk einer Behörde betritt, die von der ausstellenden Behörde verschieden ist. Die Bedürfnisfrage wird für den Kolporteur schlechthin erörtert, und Abzahlungsgeschäfte sind dem Kolporteur überhaupt untersagt; er mag im eigenen Namen oder im Namen einer Sortiments-, Verlags-, Kolportage- oder Abonnementsbuchhandlung sein Geschäft betreiben. Der Kolporteur ist eben stets ein Hausirer.

3. Nun bleibt aber noch die Kolportage am Wohnort des Unternehmers übrig; sei es, daß es sich um Beauftragte des Unternehmers handelt, welche als «Stadtreisende» Aufträge und Bestellungen entgegennehmen oder die Subskribenten und Abonnenten für eine Buchhandlung sammeln, sei es, daß Kolporteurs in Frage stehen, welche für eigene Rechnung ihre Waaren, Bücher, Bilder, Zeitschriften u. dergl. ohne vorgängige Bestellung von Haus zu Haus feilbieten oder Bestellungen auf Bücher, Zeitschriften u. s. w. aufsuchen. Bezüglich dieses Gewerbebetriebs im Umherziehen am Wohnort oder am Orte der gewerblichen Niederlassung des Unternehmers gilt nun zur Zeit die Bestimmung (§ 42b der Gewerbeordnung), daß auf Grund eines Gemeindebeschlusses durch die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt werden kann, daß auch der Hausirer am Wohnort der Erlaubnis bedürfe.

Es ist aber ausdrücklich bestimmt, daß in Betreff der Druckschriften, anderer Schriften und der Bildwerke, insoweit der Gewerbebetrieb hiermit von Haus zu Haus stattfindet, dieser Gewerbebetrieb in dem Gemeindebezirk des Wohnsitzes oder der gewerblichen Niederlassung von einer Erlaubnis nicht abhängig gemacht werden dürfe.

Diese Bestimmung über den Gewerbebetrieb im Umherziehen am Wohnort soll nun nach dem Antrag «Gröber» künftig hinwegfallen, und für die «Druckschriften, anderen Schriften und Bildwerke» ist in dem Antrag eine Ausnahme nicht mehr statuiert. Durch eine anderweite Fassung der einschlägigen Paragraphen der Gewerbeordnung soll vielmehr Folgendes erreicht werden: Auch derjenige, welcher innerhalb des Gemeindebezirks seiner gewerblichen Niederlassung ohne vorgängige Bestellung Waaren von Haus zu Haus feilbieten oder Waarenbestellungen

aufsuchen will, steht unter den Vorschriften der Gewerbeordnung über den Gewerbebetrieb im Umherziehen. Ebenso macht der Centrumsantrag keinen Unterschied mehr zwischen dem Gewerbe des Handlungsreisenden innerhalb des Gemeindebezirks, in welchem die betreffende Firma domiziliert ist, und dem Gewerbebetrieb desselben außerhalb des Wohnorts. Da nun nach dem Antrag «Gröber» der Detailreisende dem Hausirer gleichgestellt ist, so bedarf der Buchhandlungsreisende ebenso wie der Hausirer am Wohnort des Wandergewerbescheins und des Druckschriften-Verzeichnisses, und all' die Beschränkungen und Plackereien, denen der Hausirer unterworfen ist, finden auch auf ihn Anwendung.

Das mögen die Herren Sortimentsbuchhändler wohl beachten!

Senden sie einen Beauftragten aus, der Subskribenten sammeln soll, der also ohne vorherige Bestellung von Haus zu Haus Waarenbestellungen aufsucht, so muß er einen Wandergewerbeschein und ein Druckschriften-Verzeichniß haben, Haussteuer bezahlen, seine Schriften dürfen weder in religiöser noch in sittlicher Beziehung Aergerniß erregen, und Abzahlungsgeschäfte können nach diesem Gesetzesvorschlag auch am Wohnort des betreffenden Geschäftsmanns im Umherziehen nicht mehr gemacht werden.

4. Aber auch der sogenannte fliegende Buchhandel soll bei dieser Maßregelung des Volksbuchhandels nicht leer ausgehen. Es ist dies nach dem Wortlaut der Gewerbeordnung (§ 43) der Gewerbebetrieb desjenigen, der gewerbsmäßig Druckschriften oder andere Schriften oder Bildwerke auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten ausruft, verkauft, theilt, anheftet oder anschlügt. Schon im Jahre 1883 wurde dieser Gewerbebetrieb einschränkenden Bestimmungen unterworfen. Allerdings war bereits nach dem ursprünglichen Wortlaut der Gewerbeordnung der fliegende Buchhandel unter eine besondere Kontrolle gestellt. Die bloße Anzeige bei der zuständigen Behörde von der beabsichtigten Eröffnung eines solchen Geschäftsbetriebs genügt nicht, sondern es ist eine besondere Erlaubnis zu dem fliegenden Buchhandel nöthig; eine Erlaubnis, die an die Ertheilung eines Legitimationsscheins geknüpft ist. Dieser Schein kann im Wesentlichen aus denselben Gründen versagt werden, wie der Wandergewerbeschein. Die Regierungsvorlage vom Jahre 1883 wollte aber auch noch die weitere Bestimmung hinzufügen, daß

der Legitimationsschein des fliegenden Buchhändlers unter denselben Voraussetzungen von der Behörde zurückgenommen werden könne, unter denen der Wandergewerbeschein des Hausirers dem letzteren entzogen werden kann. Die Liberalen bekämpften diesen Vorschlag unter Hinweis auf die Bestimmung des Pressgesetzes, wonach eine Entziehung der Befugnis zum Betrieb irgend eines Pressgewerbes oder sonst zur Herausgabe und zum Vertriebe von Druckschriften weder in administrativer noch im richterlichen Wege stattfinden kann. Diese Bemühungen waren erfolgreich. Die Zulässigkeit der Zurücknahme der Erlaubnis zum fliegenden Buchhandel durch die Behörde wurde nicht statuiert. Auch ist gegenwärtig mit der Erlaubnis die unbeschränkte Wahl der Presserzeugnisse verbunden, mit welchen der Berechtigte handeln will; vorbehaltlich des Einschreitens der Behörde bei dem Vertrieb von strafbaren oder verbotenen Presserzeugnissen.

Der Antrag «Gröber», der sich ja wesentlich als Eingriff in das System der Pressfreiheit charakterisirt, macht dagegen mit dem fliegenden Buchhandel kurzen Prozeß. Mitgefangen, mitgehungen! Der fliegende Buchhandel wird einfach dem Hausirhandel gleichgestellt. Die Herren Gröber und Genossen sagen am Schlusse des Paragraphen, welcher den Gewerbebetrieb im Umherziehen definirt: «Denselben Vorschriften unterliegt, wer die in Ziff. 1 («Waaren feilbieten») bis 4 bezeichneten Gewerbe auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten oder ohne vorgängige Bestellung von Haus zu Haus betreiben will.» Wer also auf öffentlichen Straßen oder z. B. auf Bahnhöfen Druckschriften feilbieten will, muß einen Wandergewerbeschein haben. Er muß dieselben Abgaben entrichten, wie der Hausirer. Das Pressgewerbe, welches er betreibt, kann ihm, wie jedem anderen Kolporteur, aus ebendenselben Gründen verboten werden, und auch er muß das berüchtigte Druckschriftenverzeichnis führen. Die Behörde erhält damit das Recht, Druckschriften vom Straßenverkauf auszuschließen, welche geeignet sind, in sittlicher oder in religiöser Beziehung Aergerniß zu geben. Nun bedenke man, was es heißen will, wenn diese Art der modernen Zensur auch auf den fliegenden Buchhandel mit Zeitungen, Broschüren und Flugschriften auf offenen Straßen und Plätzen ausgedehnt wird!

Merkwürdiger Weise hat man in der Presse und in der

öffentlichen Erörterung des vorliegenden Zentrumsantrages diese Seite der Frage bis jetzt fast ganz ignorirt, und doch ist der Gegenstand ernst und wichtig genug!

Der Zeitungsverkauf auf öffentlichen Straßen und Plätzen hat bei uns mit dem Wachsen des politischen Lebens einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Dies gilt namentlich von dem fliegenden Buchhandel mit Zeitungen und Zeitschriften in der Reichshauptstadt, wenn auch dort der Straßenverkauf der Tagesblätter noch nicht in so ausgedehnter Weise wie in Paris betrieben wird. Man denke aber doch auch an den Verkauf von Druckschriften in den Wartehallen der Bahnhöfe! Wandergewerbeschein und Druckschriftenverzeichnis werden ihn künftighin lahmlegen, wenn der Antrag «Gröber» wirklich zum Gesetz werden sollte. Geeignet in sittlicher und religiöser Hinsicht Aergerniß zu geben, ist nach der Ansicht mancher Behörde sicherlich gar manches Zeitungsblatt, welches jetzt massenweise in der Berliner Friedrichstraße verkauft wird. Sollte dort der «Vorwärts» nicht eines schönen Tages auf den Index kommen? Aber auch für die Nachtausgabe der «Freisinnigen Zeitung» möchte ich keine Garantie für unbehelligten Straßenverkauf übernehmen. Aber hat es nicht auch eine Zeit gegeben, in welcher die «Germania» von Vielen als ein Blatt betrachtet wurde, geeignet in sittlicher oder in religiöser Hinsicht Aergerniß zu geben? Herr Majunke weiß davon zu erzählen. Aber so kurz ist das Gedächtniß des Geschlechtes der redenden Menschen! Heute sind es die Herren vom Zentrum, die zu einem wuchtigen Streich gegen die Freiheit der Tagespresse ausholen. «Gazetten müssen nicht genirt werden!» Der aufgeklärte Absolutismus Friedrichs des Großen war liberaler als die Partei «für Wahrheit, Freiheit und Recht» zu Ende des neunzehnten Jahrhunderts!

Aber viel einschneidender als diese Eingriffe in die Pressfreiheit, soweit der sogen. fliegende Buchhandel in Frage kommt, viel nachtheiliger für das gesamte geistige und wirtschaftliche Leben unseres Volkes würde die Gleichstellung des Buchhandlungsreisenden mit dem Bücherhausirer sein. Allerdings ist der Vorschlag, den Detailreisenden mit dem Hausirer zu identifiziren, nicht bloß gegen den Buchhandlungsreisenden und den Reisebuchhandel gerichtet. Es ist eine alte Forderung von Gewerbetreibenden und kleinen Kaufleuten in manchen deutschen Klein-

städten, daß man dem Handlungsreisenden, welcher sich direkt an den Konsumenten wendet, das Handwerk legen müsse, ebenso wie sich engherziger Egoismus auch gegen das billige Packetporto wendet, welches dem Landbewohner und dem Kleinstädter den Waarenbezug aus der Großstadt ermöglicht. Auch die verbündeten Regierungen hatten derartigen zünftlerischen Bestrebungen in der Vorlage vom Jahre 1882, aus welcher dann die Gewerbenovelle vom 1. Juli 1883 hervorging, Rechnung getragen. Sie schlugen dem Reichstag vor, «das Aufsuchen von Bestellungen auf Waaren bei Personen, in deren Gewerbebetrieb Waaren der angebotenen Art keine Verwendung finden», unter die Vorschriften und Zwangsbestimmungen über den Hausirhandel zu stellen; ganz so, wie es jetzt die Herren Gröber und Genossen beantragen; nur daß der Bundesrath dies Ansuchen auf Waarenbestellungen nur dann als Hausirhandel angesehen wissen wollte, «sobald dasselbe außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung geschieht». Der jetzt vorliegende Initiativantrag macht dagegen keinen Unterschied mehr zwischen dem Stadtreisenden und dem Geschäftsreisenden, der außerhalb des Gemeindebezirks der gewerblichen Niederlassung Waarenbestellungen bei Personen aufsucht, in deren Gewerbebetrieb Waaren der angebotenen Art keine Verwendung finden. Beide werden als Hausirer behandelt und gemaßregelt, wofern sie sich direkt an den Konsumenten wenden. Damals hatte es sich auch der Bundesrath vorbehalten, hinsichtlich des Aufsuchens von Waarenbestellungen Ausnahmen für den Umfang des Reichs oder einzelne Theile desselben zuzulassen; eine Ausnahmemöglichkeit, die nach den Motiven des damaligen Gesetzentwurfes namentlich den Weinreisenden zu Gute kommen sollte. Aber auch diese Ausnahmemöglichkeit findet sich in dem vorliegenden Zentrumsantrag nicht. Der Antrag «Gröber» geht weiter als die vom Reichstag im Jahre 1883 in diesem Punkte abgelehnte Regierungsvorlage.

Gleichwohl ist, abgesehen von den buchhändlerischen Kreisen, dieser erneute und verschärfte Vorschlag einer Degradation des Handlungsreisenden zum Hausirer von der deutschen Kaufmannschaft bisher eigentlich mit ziemlich großer Gleichgültigkeit aufgenommen worden. Merkwürdig genug, denn als im Jahre 1882 jener Vorschlag der deutschen Bundesregierungen bekannt ward, stieß derselbe in Handelskreisen auf den lebhaftesten Widerspruch.

Namentlich erregte die Motivirung, «daß manche dieser Geschäftsreisenden in sittlicher und sicherheitspolizeilicher Hinsicht zu den größten Bedenken Veranlassung geben», Unwillen. Angesehene kaufmännische Korporationen, wie z. B. das Aeltestenkollegium der Berliner Kaufmannschaft, protestirten gegen diese Herabsetzung des Kaufmannsstandes, und im Reichstag stieß jener Vorschlag auf den lebhaftesten Widerspruch. Die klerikal-konservative Mehrheit war geneigt, wenn auch nicht für Drucksachen und ähnliche Bildungsmittel, so doch für Wein und Zigarren Ausnahmen zuzulassen. Schließlich aber war es der Führer des Zentrums selbst, welcher für die Beibehaltung des bisherigen Systems eintrat, wonach die Geschäftsthätigkeit des Handlungsreisenden als ein Ausfluß des stehenden Gewerbebetriebes angesehen wird, mag der Reisende sich nun direkt an den Konsumenten oder an den Zwischenhändler mit seiner Offerte wenden. Dem Abgeordneten Dr. Windthorst war es zu verdanken, daß jener Vorschlag nicht zum Gesetz erhoben ward. Jetzt sind seine Epigonen bei der Arbeit, das zu zerstören, was er damals durchsetzte.

Vielleicht unterschätzt man gegenwärtig die Gefahr. Man glaubt, wie es scheint, nicht recht daran, daß der Antrag zum Gesetz erhoben werden könne. Nun in der vorigen Session des Reichstags war der Antrag in der Kommission angenommen, und der Bevollmächtigte zum Bundesrath für das Königreich Bayern, dessen Regierung ja gleichfalls die Initiative zum Erlaß von einschränkenden Bestimmungen über den Gewerbebetrieb im Umherziehen ergriffen hat, konnte in der Kommission versichern, seines Wissens hätten die verbündeten Regierungen ihren früheren Standpunkt nicht verlassen; sie seien vielmehr nach wie vor geneigt, «das Aufsuchen von Waarenbestellungen bei Privaten zu verbieten».

Ein solches Herabdücken des Handlungsreisenden zum Hausirer wäre aber auch um deswillen für den deutschen Kaufmannsstand ebenso nachtheilig wie verletzend, weil es sich dabei ja nicht nur um die bediensteten Handlungsreisenden, sondern auch um den etablierten Kaufmann handelt, der vielfach ausschließlich, nicht selten aber auch neben seinen Reisenden das auswärtige Verkaufsgeschäft besorgt, und der, sowie er sich an einen Kunden wendet, in dessen Gewerbebetrieb Waaren der angebotenen Art keine Verwendung finden, zum Hausirer wird und den Wandergewerbeschein vorzeigen muß, ohne den er sein

Hausirgewerbe gar nicht betreiben darf. Der Vertreter einer großen Firma von Weltruf muß sich mit dem Wandergewerbeschein versehen, wenn er einer städtischen Behörde eine Offerte in Kanalrohren machen will, und der Inhaber einer großen Waffenfabrik wird zum Hausirer, wenn er der Militärverwaltung Geschütze anbietet, da es sich hierbei nicht um einen Gewerbebetrieb handelt, in welchem die Kanonen Verwendung finden.

Für den Volksbuchhandel aber wäre diese Gleichstellung des Reisebuchhändlers und des Hausirers geradezu ruinös.

Der Reisebuchhandel hat sich nämlich in den letzten beiden Jahrzehnten in Deutschland in einer zuvor kaum geahnten Weise entwickelt. Der eigentliche Kolportagebuchhandel, d. h. der Verkauf von Druckschriften und Bildwerken im Wege des Hausirgeschäftes, tritt dagegen weit zurück, und wenn neuerdings in der buchhändlerischen Fachpresse und in den Wanderversammlungen deutscher Kolportagebuchhändler in Dresden, Hirschberg und Breslau dargelegt worden ist, daß zwei Drittel aller in Deutschland erscheinenden literarischen Erzeugnisse durch Detailreisende vertrieben werden, so ist dies schwerlich zu viel behauptet. Auch Herr von Biedermann konstatiert dies in der oben zitierten Schrift, indem er beispielsweise auf Grund von Mittheilungen der Firma «Velhagen und Klasing» in Bielefeld berichtet, wie von den Verlagsartikeln dieser angesehenen Verlagsbuchhandlung «Daheim», «Andrees Handatlas», Stacks «Deutsche Geschichte», Jäger «Weltgeschichte», «Deutscher Reichsbote», Kalender für Stadt und Land, Rogge «Kaiserbüchlein», Rommel «Lutherbüchlein» zwei Drittel lediglich durch den Volks- und Reisebuchhandel Absatz gefunden haben.

Das «Bibliographische Institut» in Leipzig theilte mir mit, daß von Meyers großem «Konversationslexikon» in den Jahren 1885 bis 1893 nicht weniger als 124 000 Exemplare im Werth von 21,28 Mill. Mark durch den Reisebuchhandel abgesetzt wurden. Im Kolportagegeschäft wurden dagegen innerhalb jenes Zeitraumes nur 19 000 Exemplare dieses deutschen Nationalwerks im Werth von 3,28 Mill. Mark abgesetzt. Bei Meyers kleinem «Konversationslexikon», welches ja viel billiger ist, liegt die Sache umgekehrt. Von diesem nützlichen Buch sind — ebenfalls in den Jahren 1885—1893 — 26 000 Exemplare im Werth von 0,62 Mill.

Mark im Kolportagegeschäft verkauft worden, während 12 000 Exemplare im Werth von 0,28 Mill. Mark auf das Reisegeschäft kommen. Von «Brehms Thierleben» (große Ausgabe) sind in dem fraglichen Zeitraum 15 000 Exemplare im Werth von 2,50 Mill. Mark im Reisegeschäft abgesetzt worden, im Kolportagegeschäft 2400 Exemplare im Werth von 0,36 Mill. Mark. Von dem Buch Ranke's «Der Mensch», von Ratzel «Völkerkunde», Kerner «Pflanzenleben», Haacke «Schöpfung der Thierwelt», Neumayer «Erdgeschichte» — alles bekannte Verlagsartikel des Bibliographischen Instituts — sind nach einer Aufstellung der gedachten Firma für etwa 1,44 Mill. Mark Exemplare im Reisegeschäft vertrieben worden, während der Umsatz im Kolportagegeschäft sich auf nur etwa 100 000 Mark bezifferte. Meyer's Klassikerausgaben wurden in den Jahren 1885—1893 im Werthbetrag von etwa 1 Mill. Mark im Reisegeschäft verkauft.

Man ersieht aus dieser Statistik einer einzelnen angesehenen Leipziger Verlagsfirma über einen Theil ihrer Verlagsartikel, um welchen Geschäftsumsatz es sich hierbei handelt. Derartige große buchhändlerische Unternehmen arbeiten mit einem Jahresbudget, welches größer ist als das manches deutschen Staatswesens. Es kommen dabei hauptsächlich große populäre Werke in Betracht, welche gegen bequeme monatliche oder vierteljährliche Ratenzahlungen ohne Preisauflage vertrieben werden. Der Reisende wendet sich mit seinem Musterband und seinen Bestellkarten an Kreise der Bevölkerung, denen zumeist jede Fühlung mit dem Sortimentsbuchhandel fehlt. Auf diese Weise wird guten Werken ein Absatz gesichert, welcher den Verleger in den Stand setzt, zu oft geradezu erstaunlich billigen Preisen das Beste zu liefern. Solche große Unternehmungen würden aber gar nicht denkbar sein, wenn die betreffenden Firmen bei der Kalkulation nicht mit dem Absatz im Wege des Reisegeschäftes rechnen könnten. Wie wäre es möglich, die Reklam'sche Universalbibliothek, die Kollektion «Spemann», die «deutsche Nationalliteratur» von Kürschner zu diesen fabelhaft billigen Preisen zu vertreiben ohne Massenabsatz? Und Massenabsatz ist eben nur durch den Volks- und Reisebuchhandel möglich. Dieser Reisebuchhandel hat den eigentlichen Kolportagebuchhandel mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt. Letzterer befaßt sich gegenwärtig hauptsächlich mit dem Vertrieb kleinerer Werke. Er wendet sich hauptsäch-

lich an solche Kreise der Bevölkerung, denen das Reisegeschäft einen Kredit einzuräumen kaum geneigt ist.

[Warum der deutsche Buchhandel auf die Kolportage angewiesen ist? Es ist die alte Erfahrung, daß der Deutsche sich nur schwer dazu entschließt, für Bücher Geld auszugeben. Die eleganteste Dame genirt sich in Deutschland nicht, ein schmieriges Buch mit zart beschuhter Hand aus der Leihbibliothek zu entnehmen, und derselbe Herr, der für eine Flasche Sekt ein Goldstück jeder Zeit zur Hand hat, geräth in Ekstase, wenn er für ein Buch eine Mark erlegen soll. Aus freien Stücken, außer zur Weihnachtszeit oder bei sonstigen festlichen Gelegenheiten, betritt mancher gute deutsche Staats- und Reichsbürger eine Buchhandlung überhaupt nie, und kein Sortimentsbuchhändler könnte bestehen, reizte er nicht durch Auswahlendungen die Kauflust seiner Kunden.] Friedrich Bodenstedt war einst zu einem reichen Bankier geladen, und der Dichter des Mirza-Schaffy war der Gegenstand der Bewunderung der großen Tafelrunde. Ein Citat aus jenen weinduftigen Liedern wird Gegenstand eines scherzhaften Streites. Man läßt die Entscheidung des Dichters selbst nicht gelten, und nun soll das Buch, von welchem der Hausherr soeben noch in begeisterter Weise gesprochen, zur Hand genommen werden, um den Wortlaut festzustellen. Und siehe da — die Lieder des Mirza-Schaffy sind in der Büchersammlung des reichen Mannes nicht vorhanden, sie müssen erst aus der nächsten Buchhandlung herbei geholt werden. Nach der einen Lesart war es auch in diesem Falle die Leihbibliothek, deren Hilfe in Anspruch genommen wurde. — «Eine Mark pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung» — es ist nicht unmöglich, daß dies oft citirte Ergebnis der deutschen Neigung zum Bücherkaufen auch heute noch ungefähr das Richtige trifft.

Der Handel mit Druckschriften im Umherziehen ist ja weit älter als der Vertrieb derselben im stehenden Buchladen. Als zu Ende des 15. Jahrhunderts die ersten gedruckten Bücher aufkamen, zog der «Buchführer» mit der seltenen Waare von Burg zu Burg und von einem Markt zum anderen. Die Reformation wäre ohne die Kolportage schwerlich durchzuführen gewesen, und unser modernes Zeitungswesen ging aus dem Druckschriftenhandel hervor. Freilich läßt uns aber auch der Autolykus des unsterblichen William erkennen, daß schon zur Zeit des großen engli-

schen Dramatikers die Hausirer sich mitunter auch mit dem Vertrieb von Druckschriften, anderen Schriften und Bildwerken befafsten, welche vielleicht geeignet waren, in sittlicher oder in religiöser Beziehung Aergerniß zu erregen. Indessen ist hierüber die Anschauungsweise zu den verschiedenen Zeiten eine verschiedene. Aber wenn Shakespeare auch nach unserer heutigen Auffassung oft recht derb ist, unsittlich ist er nie. Und doch würde der Sittenrichter weit eher an manchen Stellen der Shakespeare'schen Dramen Anstoß nehmen können, als an den viel berufenen Schauerromanen und Hintertreppengeschichten, welche zu diesen Angriffen auf den deutschen Volksbuchhandel den Anlaß, für manchen vielleicht auch nur den Vorwand gegeben haben.

Mit Recht ist in verschiedenen Petitionen, die dem Reichstag unterbreitet wurden, darauf hingewiesen, wie auch nicht eine einzige gerichtliche Verurtheilung wegen Verbreitung eines unzüchtigen Schauerromans oder einer unzüchtigen Hintertreppengeschichte bekannt geworden ist. Diese Art der modernen Volksliteratur ist sicherlich oft recht geschmacklos, aber unsittlich oder unzüchtig ist sie kaum. Das Aufregendste bei der Sache ist zumeist der sensationell gefasste Titel. Aber «Der Rächer der Nacht», «Der geheimnißvolle Schleichhändler» und «Die schöne Liliast» halten im Text kaum, was der Titel verspricht. Der Titel muß nun einmal etwas an- und aufregend sein. Das erste deutsche soziale Drama, vielleicht überhaupt das erste soziale Drama trug den anspruchslosen Titel «Luise Millerin». Aber der bühnen- und publikumskundige Iffland taufte das Stück in «Kabale und Liebe» um, und unter dem von Schiller acceptirten neuen Titel bürgerte sich das Stück auf der deutschen Schaubühne ein. Aber auch der Inhalt des Volksromans soll spannend sein. Das Lesepublikum, für welches der Kolportageroman berechnet ist, hat nun einmal diesen Geschmack. Man hält sich darüber auf, daß der Schauerroman «Der Scharfrichter von Berlin» in 300 000 Lieferungsheften verbreitet worden sei. Aber die Zeit, in welcher die Ritter- und Räuberromane die Hauptlektüre auch der sogenannten gebildeten Kreise waren, liegt doch noch nicht allzu weit hinter uns. Unsere Jugend zieht noch heute die Indianergeschichten so manchem gut gemeinten, langweiligen Opus vor, und «Der Letzte der Mohikaner» erscheint immer wieder in neuen Jugendausgaben; den Robinson und die Robinsonaden nicht zu vergessen!

Eine große und schöne Aufgabe ist es indessen, veredelnd und bildend auf das große Publikum und auf seinen Geschmack einzuwirken. Unsere Bildungsvereine mögen sich in dieser Hinsicht bemühen! Unsere Volksbibliotheken müssen immer größere Verbreitung finden. Aber wir haben auch bereits Vereine, welche sich mit Erfolg bestreben, die sogenannte Schundlitteratur der Kolportage durch gute Volksschriften zu ersetzen. Ich erinnere an den «Verein für Massenverbreitung guter Schriften» in Weimar, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, «durch Herausgabe geeigneter Schriften den Deutschen aller Lande, namentlich den ärmeren Schichten, guten und wohlfeilen Lesestoff sowohl unterhaltender wie belehrender Art zuzuführen, um dadurch auf die sittliche und geistige Hebung des Volkes hinzuwirken.» Dieser Verein hat z. B. eine billige Volksausgabe von Rellstab's Roman «1812», oder, wie der Titel, dem oben besprochenen Sensationsbedürfnis entsprechend, nunmehr lautet, «1812 oder die Häscher des Kaisers», veranstaltet; neuerdings hat der Verein die Armand'schen Romane erworben, welche sich zur Massenverbreitung ganz besonders eignen.

Nun hat man aber gerade in der vorjährigen Reichstagskommission auf diesen Weimarer Verein hingewiesen, um aus seinen vermeintlichen Misserfolgen darzuthun, wie die Schundlitteratur des Schauderkolportageromans gute Bücher im Volksbuchhandel nicht aufkommen lasse. Allein wenn dieser «Verein für Massenverbreitung guter Schriften» im Anfang mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, so lag dies hauptsächlich gerade daran, daß er mit dem Kolportagebuchhandel zu wenig Fühlung hatte. Jetzt tritt auch hier an die Stelle bürokratischer Einrichtungen der Massenvertrieb im Wege der Kolportage. Jetzt hat der Verein einen Geschäftsführer engagiert, der seit Jahren in engster Fühlung mit den Kolportagebuchhandlungen steht, Mitglied des Zentralvereins deutscher Kolportage-Buchhändler und Mitglied des Thüringischen Kolportagebuchhändler-Vereins in Erfurt ist, einen Geschäftsführer, der 5 Jahre lang einer Berliner Kolportagebuchhandlung als Leiter vorstand. Derselbe hat auch bereits mit einer größeren Kolportagebuchhandlung ein Abkommen dahin getroffen, wonach diese mit 8 bis 12 Reisenden größtentheils für den Verlag des Vereins arbeiten lassen wird. Ein gleiches Vorgehen ist für Oesterreich und für die Schweiz in Vorbereitung. «Die betreffende Firma — so heißt es in der neuesten Veröffent-

lichung des Vereinsvorstandes — wird von Stadt zu Stadt, von Haus zu Haus unsere Hefte vorlegen und durch ihre Reisenden behufs Aufnahme von Bestellungen wieder einsammeln lassen» — wenn der Antrag «Gröber» dem Verein für Massenverbreitung guter Schriften in Weimar nicht einen bedauerlichen Strich durch die Rechnung machen wird.

Dieser Antrag wendet sich gegen die Schauderromane, aber er würde ein weites und schönes Feld zerstören, auf welchem ganz andere und erfreulichere Früchte gezeitigt werden, als jene von den Herren Gröber und Genossen befehdete Hintertreppenlitteratur. Herr von Biedermann kommt auf Grund sorgfältiger Erhebungen zu dem Schlusse, daß nur etwa 5,38 % der gesamten Kolportagelitteratur auf den Schund- und Schauerroman entfallen. Vor einem Jahrzehnt noch war der Prozentsatz ein weit höherer, und es ist ein erfreulicher Kulturfortschritt, daß die bessere Litteratur sich immer mehr und mehr ausbreitet. Warum nun diesen Gesundungsprozeß gewaltsam unterbrechen? Wem fiel nicht bei diesem Vorgehen das Verfahren jenes treuen Bären ein, der, um den schlafenden Einsiedler von einer lästigen Fliege zu befreien, die Fliege, aber auch den Kopf seines Herrn mit einem gut gemeinten Steinwurf zerschmetterte?

Es sind aber nicht bloß die großen populären Lieferungswerke, wie «Brockhaus'» und «Meyers Konversationslexikon», Brehm's Thierleben u. dergl., um welche es sich handelt. Auch an den Fachmann tritt der Buchhandlungsreisende heran: Eulenburg's Real-Encyklopädie, der gesamten Heilkunde, Schmid's Encyklopädie des Erziehungs- und Unterrichtswesens, Muspratt's theoretisch praktische und analytische Chemie, Ziemssen's großes Handbuch der speziellen Pathologie und Therapie, die Real-Encyklopädie für protestantische Theologie und Kirche, sowie das große Generalstabswerk verdanken der Kolportage manchen Erfolg. Auch die kunstgewerbliche Reformbewegung unserer Tage ist durch die Kolportage wesentlich gefördert worden, und es ist im Interesse derselben dringend wünschenswerth, daß die hierauf bezüglichen Fachschriften durch den Volksbuchhandel in die Werkstätten und in das Heim des Handwerkers hineingetragen werden, der sie sicherlich aus eigenem Antrieb nur selten aufsuchen würde. Auch Fachschriften für den Architekten und für den Techniker werden durch den Reisebuchhandel ver-

breitet. Dazu kommen die Familienjournale und Unterhaltungsblätter, durch welche Bildung und Anregung zum Guten und Schönen in die weitesten Kreise unseres Volkes hineingetragen werden. Blätter, wie die «Gartenlaube», «Ueber Land und Meer», «Die illustrierte Welt», «die Chronik der Zeit», «Vom Fels zum Meer», «Moderne Kunst», «Zur guten Stunde», «Dies Blatt gehört der Hausfrau» haben durch die Kolportage die weiteste Verbreitung gefunden. Dazu kommt ferner die gute Unterhaltungselektüre, welche Buchhandlungsreisender und Kolporteur dem Lesepublikum in Stadt und Land in reichem Maße anbieten.

[Schriften von Berthold Auerbach, Hebel, Hesekiel, von Ottilie Wildermuth, Johanna Spyri und von der Marliitt werden durch den Volksbuchhandel verbreitet. Jugendschriften, Kalender, Bilderbücher für unsere Kleinen werden im Wege der Kolportage vertrieben. Dazu kommen aber auch Schulbücher, Kochbücher, Liederbücher, Deklamationsbücher, humoristische Schriften, Bücher mit Polterabendscherzen und wie sich all' diese Schriften harmlosen Charakters und willkommenen Inhalts nennen mögen. Dann wieder finden wir geographische Bücher, Atlanten, wie z. B. Stieler's Handatlas in 32 Lieferungen zu 1 Mk. 60 Pf. und Vogel's Karte des Deutschen Reichs in 14 Lieferungen zu 3 Mk., dann Werke naturwissenschaftlichen Inhalts, ferner Gebet- und Predigtbücher aller Konfessionen und vor allen Dingen die Bibel selbst, welche in den verschiedensten Ausgaben und in unzähligen Exemplaren, zum Teil durch die Vermittelung von Vereinen und Gesellschaften, im Lande verbreitet wird. Geschichtswerke, wie die «Allgemeine Weltgeschichte», herausgegeben von Flathe, Hertzberg, Justi, Pretz, Pflugk-Hartung und M. Philippson (182 Lieferungen zu 2 Mk.), Weiß, Weltgeschichte, Kraus, Real-Encyclopädie des christlichen Altertums, finden durch den Buchhandlungsreisenden Absatz. Populäre Darstellungen einzelner Parteen der Rechtswissenschaft, der Gesetzgebung und der Volkswirtschaftslehre sind gleichfalls ein beliebter Artikel der Kolportage. Aber vor allen Dingen sind es die Werke unserer Klassiker, die auf diesem Wege Verbreitung finden und mehr und mehr in das Volk eindringen, seitdem der Verlag derselben freigegeben und ihre Anschaffung durch billige Volksausgaben jedermann ermöglicht ist. Uebrigens hat der Verfasser dieser Abhandlung auch die Hallberger'sche Prachtausgabe von Schiller's Werken wiederholt bei

Kolporteurs gefunden. Ueberhaupt sind jene modernen Werke, die einer Verschmelzung von Litteratur und Kunst ihre Entstehung verdanken, jene Prachtwerke, mit welchen Salon und Boudoir sich schmücken, gleichfalls ein Artikel des Reisebuchhandels. Doré's Prachtbibel z. B. ist in vielen Exemplaren auf diese Weise abgesetzt worden.]

Dieses weite und reiche Feld des Volksbuchhandels will man nun beeinträchtigen und zum Theil vielleicht ganz zerstören! Der Buchhandlungsreisende soll zum Hausirer werden. Für jeden Reisenden oder Hausirer muß der Prinzipal einen Wandergewerbeschein lösen, er muß die Steuer bezahlen, muß für den Bezirk einer jeden einzelnen Verwaltungsbehörde die Erlaubniß zum Hausiren einholen, muß sein Druckschriften-Verzeichniß im Wege moderner Censur genehmigen lassen, und der Wandergewerbeschein wird versagt, wenn die Behörde zum Büchertrieb kein Bedürfnis anerkennt.

Der Wandergewerbeschein wird ferner nicht mit Bezug auf die Stellung des Reisenden zum Prinzipal ertheilt, sondern der Hausirer arbeitet damit selbständig und auch dann, wenn er von dem betreffenden Buchhändler längst entlassen ist, bis zum Jahreschlusse weiter. «Was für Arbeit, was für Zeit und Geld würde einem Buchhändler verloren gehen — so heisst es in einer Petition des Centralvereins deutscher Kolportagebuchhändler — einem Buchhändler, der von Leipzig aus nur zehn Meilen in der Stunde wollte Schriften kolportiren lassen; an wie viel königliche, fürstliche und herzogliche Behörden müßte er sich wenden, um für seine Leute in all' diesen, vom Zehnmeilen-Radius erfaßten Königreichen, Herzogthümern und Fürstenthümern Hausirscheine zu erlangen; wie gewaltige Kosten müßte er aufwenden, um nur eine Tour von einer Woche, also von 7 bis 8 Meilen, zu ermöglichen!»

Prefsfreiheit, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit! Diese drei Errungenschaften des geeinigten Deutschlands, sie werden gleichzeitig durch den Centrumsantrag angetastet.

Aber auch selbst am Sitz einer Buchhandlung soll der letzteren das Sammeln von Subskribenten und Abonnenten in der bisherigen Weise nicht mehr gestattet sein, während noch im Jahre 1882 die verbündeten Regierungen in ihrer damaligen Vorlage erklärten: «Ein solches Verbot muß angesichts der be-

stehenden Geschäftsverhältnisse und der Gewöhnung der Bewohner der Städte, auf die es hierbei fast allein ankommt, für unzulässig erachtet werden. Dasselbe würde eine Schädigung der Interessen des legitimen Buchhandels, welcher zum Teil auf das Austragen der Bücher und Zeitschriften nicht allein an feste Kunden, sondern auch an andere Personen angewiesen ist, im Gefolge haben, und eine solche läßt sich nicht rechtfertigen.»

Abzahlungsgeschäfte sollen im Umherziehen, also auch im Kolportagebuchhandel überhaupt nicht mehr abgeschlossen werden dürfen. Welch' merkwürdiger Einfall! Gerade die gediegensten Werke werden von Angehörigen der gebildeten Stände gegen Ratenzahlungen lieferungsweise erworben. Der Ladenpreis eines solchen Lieferungswerkes steht fest; er wird auch bei dem Verkauf auf Theilzahlungen nicht überschritten. Dazu kommt die Gleichartigkeit und Gleichwerthigkeit eines jeden einzelnen Exemplars, und eben deshalb ist beim Abzahlungsgeschäft im Buchhandel eine Täuschung und Uebervortheilung des Publikums nahezu ausgeschlossen.

Auch die in dem Antrag «Gröber» enthaltene neue Bestimmung, wonach Druckschriften, andere Schriften und Bildwerke von dem Feilbieten im Umherziehen auch dann ausgeschlossen sein sollen, wenn sie in Lieferungen erscheinen, sofern nicht die Zahl der Lieferungen des Werkes und dessen Gesamtpreis auf jeder einzelnen Lieferung an einer in die Augen fallenden Stelle verzeichnet ist, — auch diese Bestimmung richtet sich jedenfalls gegen die lieferungsweise erscheinenden Schauerromane. Im vorigen Jahre gingen die Herren Gröber und Genossen sogar so weit, jedes Werk von dem Feilbieten im Umherziehen ausschließen zu wollen, wofern es «in Lieferungen» vertrieben werde; ein Vorschlag, den man nun freilich kaum ernst nehmen konnte. Jetzt will man, wie gesagt, nur dann die Lieferungswerke vom Feilbieten im Umherziehen ausschließen, wenn die Zahl der Lieferungen und der Gesamtpreis des Werkes nicht auf jeder einzelnen Lieferung deutlich ersichtlich ist. Allein auch diese — allerdings nicht besonders tief einschneidende — Bestimmung würde sich wiederum gegen durchaus solide buchhändlerische Unternehmungen richten. Das hier verlangte Verfahren ist ja jetzt schon zumeist das übliche. Aber bei manchen Werken ist es bei einer größeren Zahl von Mitarbeitern und bei der Schwie-

rigkeit der Durchführung eines einheitlichen Planes nicht immer möglich, den letzteren einzuhalten. Das von Marquardsen und einer größeren Anzahl von Gelehrten des In- und Auslandes herausgegebene Sammelwerk «Handbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart» würde z. B. jener Vorschrift kaum entsprechen können, und vielleicht sehen sich die Herren von der klerikalen Partei einmal das von der Görres-Gesellschaft herausgegebene katholische «Staatslexikon» darauf an, wie wenig dasselbe jener Vorschrift gerecht werden würde. Bei den vielbesprochenen Schund- und Schauerromanen liegt die Sache viel einfacher. Die Zahl der Lieferungen und der Gesamtpreis wird angegeben. Schlägt der Roman ein, so eilt der Autor zwar rechtzeitig zum Schlusse; aber die Abenteuer des Helden oder der Heldin werden in einem zweiten Roman fortgesetzt, der zwar nicht äußerlich, aber doch sachlich nichts anderes darstellt, als eine zweite Serie von Lieferungen, der dann vielleicht noch eine dritte folgen kann, wenn der Stoff die Leser anzieht.

Aber wir haben in dieser Abhandlung hoffentlich zur Genüge dargethan, wie es sich bei dem Volksbuchhandel um weit höhere und wichtigere Interessen handelt, als um diejenigen, die mit den sogenannten Volksromanen oder mit der Hintertreppenlitteratur verknüpft sind. Gerade diejenigen litterarischen Erzeugnisse, welche geeignet sind, Aufklärung und Bildung bis in die unterste Peripherie der weitesten Volkskreise zu verbreiten, würden von der geplanten Beschränkung des Kolportagebuchhandels in erster Linie getroffen werden. Und welche Nachtheile würden der Nation in wirthschaftlicher Hinsicht durch jene gesetzgeberischen Mafsregeln zugefügt werden, die einen blühenden Geschäftsbetrieb mit ansehnlichen Nebengewerben in der empfindlichsten Weise schädigen, theilweise vielleicht geradezu vernichten würden. Man nimmt an, dafs in Deutschland gegenwärtig etwa 3000 Kolportagebuchhandlungen existiren und ausserdem etwa 4000 Sortimentsbuchhandlungen mit dem Reisebuchhandel im Nebengewerbe befaßt sind. Wie viele Personen sind in diesen Gewerbebetrieben beschäftigt, und wie viele Existenzen hängen von den großen Verlagsfirmen ab, von deren Wirksamkeit in diesen Blättern eine Schilderung versucht worden ist. Viele Millionen Mark werden da alljährlich an schriftstellerischem Honorar und für die dabei mit in Betracht kommenden Leistungen der betheiligten Künstler,

der Lithographen und Xylographen, der Schriftsetzer und Drucker, der Schriftgießer und Papierfabrikanten, der Illuminateure, der Vergolder und der Buchbinder ausgezahlt. Zu den Buchbindern kommen die Leinwandfabrikanten, welche die Leinwand für die Einbände, und zu den Leinwandfabrikanten wiederum die Farbfabrikanten, die die Farben für die Leinwand liefern, und so sind oft Hunderte von Arbeitern bei der Herstellung eines einzigen großen Lieferungswerkes betheiligt, dessen Massenabsatz ohne die Kolportage einfach unmöglich wäre.

Aber wichtiger noch als die wirthschaftlichen Interessen, welche bei dieser Sache in Frage stehen, sind die geistigen. Es handelt sich um einen wichtigen Kulturfaktor, dessen segensreiche Wirksamkeit unterbunden werden soll. Es ist ein Kampf gegen die Kultur, welchen die Centrumspartei unternommen hat. Ein großes Kulturfeld soll zersört werden um des Unkrauts willen, welches sich zwischen schöner Frucht findet.

Wer das Volk lieb hat, der Sorge für seine Bildung, und wer die Bildung des Volkes will, wird ein wichtiges Bildungsmittel nicht geflissentlich unbrauchbar machen. Darum darf der Antrag «Gröber» nicht zum Gesetz werden.
